



Norbert Gansel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Kiel

Wahlkreisbüro

Am Dorfplatz 32, 2300 Kiel 14

Tel. 0431-714141

Fax 0431-713421

Sprechstunde in Kiel

freitags 17-19 h

Kleiner Kuhberg 28 (SPD-Haus)

Büro Bundestag

Tel. 0228-163758

Fax 0228-1686182

Kiel, den 13.06.1992

Bericht des Bundestagsabgeordneten für den Kreisparteitag am 13.06.1992

I. Funktionen

1. Im Bundestag:

Mitglied im Gemeinsamen Ausschuß, stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuß und im Verteidigungsausschuß.

2. In der Bundestagsfraktion:

a) bis zum 11.12.91:

stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender des Arbeitskreises I (Aussen- und Sicherheitspolitik, Europapolitik, Entwicklungspolitik).

b) seit dem 11.12.: Mitglied im Fraktionsvorstand.

3. In der Partei:

Vorsitzender des Parteirates bis 30.05.91, Mitglied des Parteivorstandes seit 30.05.91, Mitglied in der Kommission für internationale Beziehungen beim PV.

4. Sonstiges:

Von der Bundestagsfraktion delegiert als Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Orient-Stiftung, berufen in das Kuratorium des Leo-Baeck-Institutes.

II. Schwerpunkte der Fraktions- und Parlamentsarbeit

Meine Arbeit des vergangenen Jahres wurde dadurch bestimmt, daß ich als einer der stellvertretenden Vorsitzenden und Leiter des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion zuständig war für die Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik, der Europapolitik und der Entwicklungspolitik. Der damit verbundene Arbeitsaufwand zwang mich praktisch zu einer Dauerpräsenz in Bonn. Ich habe aber in dieser Zeit unsere internationale Politik nicht nur koordinieren, sondern auch maßgeblich bestimmen können.

1. Die SPD-Fraktion hat im Golfkrieg eine Position vertreten, die ein Auseinanderbrechen der Partei (heute kaum noch nachvollziehbar) verhindert hat und im internationalen Bereich, insbesondere gegenüber den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien des Auslands, gerade noch vermittelbar war: Frühzeitige und harte Verurteilung Saddam Husseins - keine Gegengewaltmaßnahme, bevor nicht alle Möglichkeiten von Sanktionen und Embargo ausgeschöpft sind - Ächtung des Waffenexports außerhalb der Nato. Dabei hat sich die von mir seit 20 Jahren vertretene Linie zur Waffenexportkontrolle endlich als ein Aktivposten der SPD bewährt

2. Wir haben uns vor Bundesregierung und Regierungsfractionen für das Selbstbestimmungsrecht der baltischen Völker eingesetzt, wir haben dadurch auch positiv auf die Politik in diesen Republiken einwirken können.

3. In der Fraktion und auf dem Bundesparteitag hat sich eine eindeutige Mehrheit für eine Verfassungsänderung zugunsten von Blauhelmeinsätzen der Bundeswehr ergeben. Mir ist es allerdings noch nicht gelungen, Parteitag und Bundestagsfraktion davon zu überzeugen, daß die Bundesrepublik auch bereit sein muß, nach einer Verfassungsänderung alle Pflichten aus Kapitel 7 der UNO-Charta zu akzeptieren.

4. Wir haben uns vor Bundesregierung und Regierungsfractionen für die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens eingesetzt. Auch die Völker Jugoslawiens haben ein Selbstbestimmungsrecht. Wir sind dafür eingetreten, den Auflösungsprozeß des alten Jugoslawien entsprechend zu flankieren, um die serbischen Postkommunisten und die mit ihnen verbündeten Militärs rechtzeitig in ihre Grenzen zu verweisen. Ich habe im Mai vergangenen Jahres nach Gesprächen mit allen wichtigen jugoslawischen Politikern eindringlich vor der Gefahr der "Libanonisierung des Balkans" gewarnt. Die jugoslawische Tragödie hätte sich so nicht vollziehen müssen, wenn die europäischen Regierungen die Gefahrenzeichen rechtzeitig erkannt hätten.

5. Wir haben, als die Bundesregierung und die Regierungsfractionen noch Desorientierung zeigten, eindeutig gegen den Putsch in Moskau Stellung genommen und die Wiedereinsetzung Gorbatschows verlangt.

6. Wir waren die ersten, die unmittelbar nach dem Putsch auf die Gefahr der Erosion der Kontrolle über die sowjetischen Atomwaffen hingewiesen haben.

7. Bei einem Besuch in Moskau habe ich in Gesprächen mit dem damaligen sowjetischen Verteidigungsminister Schaposchnikow im Oktober 1991 die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Bundeswehr in sowjetischen Garnisonen in der ehemaligen DDR Inspektionen durchführen konnte, um den Abzug der sowjetischen taktischen Atomwaffen zu überprüfen.

8. Wir haben das Projekt des deutsch-französischen Korps von vornherein abgelehnt. Am Ende der europäischen Einigung werden auch gemeinsame Streikkräfte stehen. Das militärische Element ist aber ungeeignet als Katalysator im europäischen Einigungsprozeß. Das geplante Korps kann eine verhängnisvolle Rolle für eine "kleineuropäische Lösung" und für eine Entfremdung von den USA spielen. Das liegt wohl im französischen Interesse. Im deutschen Interesse liegt es, daß die Beziehungen zu den USA intakt bleiben.

9. Ich habe mich nach dem NATO-Gipfel in Rom für eine KSZE-kompatible Entwicklung der NATO eingesetzt. Wir haben als erste in der Bundestagsdebatte zum NATO-Gipfel einen Ausbau der KSZE zu einer Unterorganisation der UNO im Sinne des Kapitels 8 der Charta gefordert.

10. Ich habe verhindert, daß in der SPD-Fraktion nicht realisierbare Bedingungen an eine Zustimmung zu den Maastricht-Verträgen erhoben worden sind. Nach der deutschen Einigung darf die europäische Einigung nicht an den Deutschen und in Deutschland erst recht nicht an der SPD scheitern.

Auf einen Nenner gebracht: Ich habe mich um eine pragmatische Außenpolitik auf einer moralischen Basis bemüht. So allgemein findet das in der SPD schnell Zustimmung. Aber im besonderen birgt das viel Konfliktstoff. Jede der oben einzeln aufgeführten Positionen mußte in der SPD-Fraktion gegen Widerstände durchgesetzt werden.

Während des vergangenen Jahres habe ich unsere Politik in Gesprächen mit den Regierungen in Jerusalem, Paris, London, Washington, Belgrad, Lubljana, Zagreb, Warschau, Budapest, Moskau, Prag und Bratislava vertreten. Ich bin dabei auf Verständnis und Respekt für unsere Positionen gestoßen. Vertrauen gewinnt man auch in der Außenpolitik nur, wenn man deutlich macht, wovon man überzeugt ist und was man will.

Das Jahr 1991 war ein dramatisches und schicksalschweres Jahr der internationalen Politik. Für mich war es ein Jahr glücklicher und befriedigender Arbeit. Ob es für die SPD ein erfolgreiches Jahr war, mögen andere beurteilen. Mißerfolge hatten wir jedenfalls nicht zu verzeichnen.

Eine große Veränderung in der SPD-Fraktion gab es durch den Rücktritt Hans-Jochen Vogels und die Wahl Hans-Ulrich Kloses zum neuen Fraktionsvorsitzenden. Ich habe Klose bei seiner Kandidatur unterstützt, der mich auch nach seiner Wahl gebeten hat, meine Arbeit in der Gesamtverantwortung für die internationale Politik fortzusetzen. Aus Gründen, über die man nur spekulieren kann, hat sich Klose dann für eine Reduzierung der 9 Stellvertreter auf 4 und für eine Abschaffung der Arbeitskreise entschieden. Er hat dafür die Zustimmung der Fraktion erhalten. Damit war meine Arbeit beendet. Ich habe darauf verzichtet, gegen Karsten Voigt für die Funktion des außenpolitischen Sprechers der Fraktion zu kandidieren, weil ich mit Voigt in all den aufgeführten Bereichen harmonisch zusammengearbeitet hatte, und es mir nicht in den Kram paßte, mich an einem personellen Verdrängungswettbewerb in der Fraktion zu beteiligen.

Die Außendarstellung der SPD-Fraktion hätte erfolgreicher sein können, ihr Profil hätte klarer werden können, wenn unsere Positionen nicht immer wieder in Frage gestellt worden wären. Eine Volkspartei muß es vertragen, wenn in ihr unterschiedliche Meinungen vertreten und unterschiedliche Stimmen laut werden. Die SPD wird es aber nicht aushalten, wenn überfällige Entscheidungen immer wieder verschoben und klare Stellungnahmen durch Formelkompromisse ersetzt werden. Während die Partei unter der Führung Engholms jetzt einigermaßen auf Linie kommt, hat die Dissonanz mit und in der Fraktion eher zugenommen. Dadurch ist es uns nicht ausreichend gelungen, aus den Mißerfolgen der Regierungspolitik Erfolge der SPD zu machen.

In der Asyl- und Ausländerpolitik stehen für Partei und Fraktion schwierige Entscheidungen an. Wir müssen bereit sein, unsere bisherigen Beschlüsse zu revidieren. Wir müssen Veränderungen im Tatsächlichen und in den Meinungen zur Kennt-

nis nehmen. Der Graben, der sich in der SPD zwischen Parteigremien und den Mitgliedern auftut und zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern, muß überbrückt werden. Wer das Asylrecht für politisch Verfolgte bewahren will, muß es vor Mißbrauch schützen. Dabei kann auch eine Ergänzung des Artikel 16 Grundgesetz nicht ausgeschlossen werden. Wir müssen die unvermeidbare Einwanderung steuern und kontrollieren. Wir brauchen eine präventive Flüchtlingspolitik. Wir brauchen vorübergehende Aufenthaltsrechte für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten. Ausländer, die seit vielen Jahren bei uns leben, brauchen ein zuverlässiges Bleiberecht und das kommunale Wahlrecht. Wir müssen endlich wieder eine offensive Ausländerpolitik machen. Wer nur noch den Art. 16 verteidigt, läuft in Gefahr, nicht mehr die Menschen verteidigen zu können, die bei uns eine neue Heimat gefunden haben. Wir brauchen eine große Kampagne der demokratischen Parteien "mit Ausländern leben", um den Rechtsextremismus zu reduzieren - in diesem Sinne habe ich mich in den Entscheidungsprozeß der Fraktion eingemischt. Langsam kommen starre Fronten in Bewegung.

Da ich z.Zt. in den regelmäßig tagenden Ausschüssen nur stellvertretendes Mitglied bin, kann ich mich der Fraktionsroutine entziehen, soweit ich mich anderen wichtigen Themen widmen will - und das werde ich auch tun. Manches spricht dafür, daß ich mich in Zukunft stärker der internationalen Sicherheitspolitik und der Bundeswehr zuwenden werde.

III. Parteiarbeit

Da ich einen Interessenkonflikt zwischen der Funktion des Parteiratsvorsitzenden sah, der mit dem Parteirat die Politik zwischen Bund, Länder und Gemeinden koordinieren soll, und der Funktion des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, der die Politik der Fraktion vertreten muß, habe ich mich entschieden, vom Parteiratsvorsitz zurückzutreten und für den Parteivorstand zu kandidieren. An allen Sitzungen des Parteivorstandes habe ich seit meiner Wahl durch den Parteitag im Mai vergangenen Jahres teilgenommen (von Anfang bis Ende - die Präsenz der PV-Mitglieder ist äußerst mangelhaft). Rückblickend bedauere ich meinen Rücktritt, denn mein Einfluß im Parteivorstand war als Parteiratsvorsitzender stärker als durch die bloße Mitgliedschaft im PV. In der Koordinationsgruppe des Vorstandes für internationale Politik und in der Kommission, die der Parteitag zur Neuformulierung unserer Außenpolitik eingesetzt hat, wirke ich an den aktuellen und programmatischen Entscheidungen der SPD zur internationalen Politik weiter mit.

IV. Wahlkreisarbeit.

Die Präsenz in Kiel hat im vergangenen Jahr durch meine Aufgabe in Bonn gelitten. Im 1. Quartal dieses Jahres habe ich mich im Landtagswahlkampf stark engagiert und mehr als ein Dutzend Veranstaltungen im Lande durchgeführt. Es ist nur natürlich, daß das Interesse an meinen Veranstaltungen außerhalb Kiels größer ist als in Kiel selbst, wo man mich nach 20 Jahren einigermaßen kennt. Dennoch wäre es gut, wenn mich die Ortsvereine stärker in ihre Versammlungstätigkeit einbeziehen würden. Einladungen habe ich jedenfalls auch im vergangenen Jahr immer Folge leisten können. Die Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand und mit dem Kreisausschuß hat einigermaßen geklappt. Sie könnte intensiver sein. Die Beziehungen zur Kommunalpolitik sind sporadisch. Ich will mich nicht in jeden Konflikt einmischen. Und ich werde selten um Rat gefragt. Vielleicht könnte er gelegentlich nützlich sein.

Die traurige Stimmung an dem Tag, als ich in Bonn meine Funktion als stellvertretender Fraktionsvorsitzender verlor, wurde in bemerkenswerter Weise dadurch verbessert, daß ich am selben Tag aus Kiel einen Brief erhielt, in dem mir die Karnevalsgesellschaft Rheingold den Titel "amicus laetitiae / Freund der Fröhlichkeit" antrug. Es gibt eben doch eine ausgleichende Gerechtigkeit. Der Kontakt zu Betriebsräten und Gewerkschaften war gut. Der Kontakt zu den Unternehmens- und Betriebsleitungen verbessert sich wieder, nachdem das allgemeine Problembewußtsein in Bezug auf Waffenexporte und unvermeidliche Reduzierungen im Bundeswehrbereich steigt. Die Abhängigkeit der Kieler Wirtschaft von Rüstungsaufträgen und von der Bundeswehr bleibt ein ernstes Problem.

Die Streikbewegung im Mai habe ich demonstrativ unterstützt. Ich habe Streikposten besucht und zusammen mit den Gewerkschaftsvorständen Kolleginnen und Kollegen, die bei der Vorbereitung und Durchführung von Streiks besonders aktiv gewesen sind, zu einem Besuch nach Bonn eingeladen. Zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften darf es keine Entfremdung geben. Die Partei muß insbesondere ihr Verhältnis zur Arbeitswelt der Produktion pflegen und zum privaten Dienstleistungssektor verbessern.

Die Sprechstunden haben regelmäßig stattgefunden. Soweit ich verhindert war, haben mich meine Mitarbeiter vertreten. Die Sprechstunde wird unterschiedlich frequentiert. Es macht sich bemerkbar, daß das öffentliche Beratungsangebot erheblich verstärkt worden ist. Zunehmend wird meine Sprechstunde von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Anspruch genommen.

Meinungsumfragen und veröffentlichte Meinung signalisieren ein beängstigendes Maß an Parteiverdrossenheit und Politikverachtung. Sie werden durch meine persönlichen Erfahrungen im Wahlkreis nicht bestätigt. Aber die Briefe, die ich in Bonn aus der ganzen Bundesrepublik erhalte, sind oft deprimierend. - Wir alle haben Anlaß zur Selbstkritik. Die Partei braucht einen neuen Reformanlauf. Die deutsche Einheit und die fundamentalen und dramatischen Veränderungen in der internationalen Politik, die weltweite Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Zeitgleichheit und Dynamik dieser Entwicklungen, sind eine große Herausforderung für die SPD. Ich bin nicht überzeugt, daß wir ihnen schon gewachsen sind. Aber ich bin überzeugt, daß mit Gefahren auch große Chancen verbunden sind. Die Sozialdemokratie kann wieder nach vorne kommen, wenn sie sich selbst einen großen Ruck gibt.

Ich möchte meinen Rechenschaftsbericht nicht abschließen, ohne all denen zu danken, die mir mit Kritik und Zuspruch im vergangenen Jahr geholfen haben. Besonders möchte ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die mit mir ein ziemlich hartes Jahr hinter sich gebracht haben.